

---

# Blackbox Abschiebung

---

Geschichte, Theorie und Praxis  
der deutschen Migrationspolitik

---

Miltiadis Oulios  
edition suhrkamp

---

SV



SV

Sonderdruck  
edition suhrkamp

Noch im Juli 2015 erklärte Angela Merkel einer jungen Palästinenserin, manche Flüchtlinge müssten »auch wieder zurückgehen«. Der Satz erinnert daran, dass die »Willkommenskultur« nur eine Seite der Medaille ist. Die andere, das Wegschicken und Ausweisen, findet meist im Verborgenen statt. Miltiadis Oulios bringt Licht in die »Blackbox Abschiebung«. Er skizziert die Geschichte der deutschen Asylpolitik und zeigt anhand der Lebensläufe von Abgeschobenen, welche brutale Konsequenzen solche Maßnahmen haben. In einer Welt der Flüchtlingsströme und der oft auch erwünschten Mobilität plädiert er für eine kosmopolitische Haltung und die Schaffung legaler Migrationsmöglichkeiten. Abschiebung, so der Autor, könne die Beantwortung brennender Fragen der Gegenwart nur aufschieben – lösen werde sie sie nicht.

Miltiadis Oulios, geboren 1973, arbeitet als freier Autor u. a. für den WDR, das Deutschlandradio, die *Tageszeitung* und *Die Zeit*. Er lebt in Düsseldorf.

# Miltiadis Oulios

## Blackbox Abschiebung

Geschichte, Theorie und  
Praxis der deutschen Migrationspolitik

Suhrkamp

Bei diesem Buch handelt es sich um eine erweiterte Neuauflage des Bandes *Blackbox Abschiebung. Geschichten und Bilder von Leuten, die gern geblieben wären* aus dem Jahr 2013 (es 2644).

Dieses Buch ist aus der von Ralf Jesse kuratierten Ausstellung »Blackbox Abschiebung – Bilder und Geschichten von Menschen, die gern geblieben wären« hervorgegangen, die zwischen 2010 und 2015 in dreißig deutschen Städten zu sehen war. Ralf Jesse hat die Interviews mit Nadire, Hamide, Nermina und Ramon Mujolli, Faruk Firizi, Bello Taofik, Deniz und Enis Miftari, Nino Bogdanovic, Jewgenij Stelmach, Omari Kasoiani, Alexander Peacock und Biniam Elias Abraha geführt.

Das in diesem Buch vorgestellte Projekt »Blackbox Abschiebung – Bilder und Geschichten von Menschen, die gern geblieben wären« von Ralf Jesse, dem Institute for Studies in Visual Culture e. V. und der RUHR.2010 – Kulturhauptstadt Europas wurde gefördert vom Fonds Soziokultur.

ISVC

Institute for Studies  
in Visual Culture



Erweiterte Neuauflage 2015

Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag Berlin 2013, 2015

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Umschlagmotiv nach einer Idee von Ralf Jesse

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-07253-0

# Inhalt

Prolog aus aktuellem Anlass . . . . .	I
Vorwort . . . . .	9
Nadire Mujolli »Meine Freundinnen waren Christina, Lena, Lisa, Anna-Lena und Cevriye.« . . . . .	16
Abschiebung als Blackbox . . . . .	19
Dzevad S. »Ich bezahl die mit meinen Steuergeldern dafür, dass die mich abschieben.« . . . . .	30
Die Abschiebung, das Leben und der Tod . . . . .	38
Faruk Firizi »Die Politiker sollten sich schämen, wenn die das Wort Integration in den Mund nehmen.« . . . . .	85
Abschiebung – ein Paradoxon . . . . .	92
Bello Taofik »Ich verstehe ihren Wohlstand nicht.« . . . . .	142
Abschiebung und ihre Geschichte . . . . .	150
Deniz und Enis Miftari »Man kann sagen, dass wir uns wie Deutsche fühlen.« . . . . .	171
Abschiebung und Recht . . . . .	178
Nino Bogdanovic »Mein Herz ist total am Ende.« . . . . .	200
Abschiebung in Deutschland . . . . .	205
Hamide, Nermina und Ramon Mujolli »Wie Abschiebung? Wir sind doch zu Hause!« . . . . .	255
Die Logistik der Abschiebung . . . . .	261
Jewgenij Stelmach – Ein Kiosk in Koblenz . . . . .	277

Abschiebung und Haft . . . . .	283
Omari Kasoiani »Selbst wenn ich abgeschoben werde, hat es sich gelohnt, dass ich in Deutschland gewesen bin.« . . .	304
Abschiebung und Widerstand . . . . .	312
Yusuf K. »Ich komme wieder.« . . . .	357
Abschiebung als Strafe . . . . .	366
Alexander Peacock »Es waren doch nur Drogen.« . . . .	392
Biniam Elias Abraha »Ich kam mit einem Schlauchboot.« .	400
Abschiebung – ein Autopilot? . . . . .	403
Anmerkungen . . . . .	433

»Ich kann verstehen, dass die uns Abschiebung gegeben haben. Das haben die bestimmt gemacht, weil ich eine Woche nicht in die Schule gegangen bin. Da war ich im Krankenhaus. Ich hatte einen Unfall. Manchmal ist auch mein Bruder Ramon nicht in die Schule gegangen. Eine Woche. Der hatte die Hand gebrochen. Wir beide waren da krank. Da kann ich es verstehen, dass die uns abgeschoben haben. Aber ich mag das nicht.«

(Nadire Mujolli)





## Prolog aus aktuellem Anlass

Abschiebungen sind die Leichen im Keller unserer Integrationsrepublik. Das Wort »Integration« verspricht Eingliederung, Zugehörigkeit, die Möglichkeit mitzumachen. Seit einigen Jahren gehört dieses Versprechen in Deutschland zur offiziellen Rhetorik. Wir klopfen uns gerne auf die Schulter, wenn Integration gelingt. Zuletzt ging sogar die Botschaft von der deutschen »Willkommenskultur« um die Welt.

Mit Abschiebungen brechen wir dieses schöne Versprechen, sie sind die massivste Form der Exklusion aus unserer Gesellschaft. Noch immer werden bei Abschiebungen Familien auseinandergerissen, Schüler aus dem Klassenzimmer geholt, Kinder und Jugendliche traumatisiert. Menschen (auch solche, die schon lange in Deutschland leben und hier heimisch geworden sind) werden mit Gewalt außer Landes geschafft. Bisweilen werden sie bei diesen Maßnahmen verletzt, manche kommen sogar zu Tode. Viele werden von einem EU-Land ins nächste verschoben, ohne jemals irgendwo richtig anzukommen. In der alten Heimat landen sie häufig im Elend, im schlimmsten Fall werden sie ihren ehemaligen Folterern ausgeliefert.

Wenn solche Dinge geschehen, tendieren viele von uns dazu wegzusehen. Das Anliegen der Ausstellung und des Buches *Blackbox Abschiebung* bestand und besteht daher darin, dieses Thema ans Licht zu zerren. Zugleich will es aber eine historische und politische Analyse liefern, die über die kurzfristige Empörung zu Einzelschicksalen hinausgeht. Die um diesen Prolog erweiterte Ausgabe des Buches erscheint in einer Zeit, in der es nötiger ist denn je, sich mit dem Thema Abschiebung intensiv zu beschäftigen.

Der Bundestag hat mit den Stimmen der Regierungskoalition von CDU, CSU und SPD am 15. Oktober 2015 ein neues Asylrecht beschlossen. Im Bundesrat stimmten auch die in Nordrhein-West-

falen, Hessen und Baden-Württemberg (mit-)regierenden Grünen für das Gesetzespaket. Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen ins Land kommen und keine Chance auf Asyl haben, sollen damit schneller aus Deutschland abgeschoben werden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière verfolgt dezidiert das Ziel, die Zahl der Abschiebungen beträchtlich zu erhöhen. Der Termin der Abschiebung wird nicht länger vorab angekündigt, damit die Betroffenen keine Chance haben unterzutauchen. Auch Blockaden von Abschiebungen durch Freunde der Betroffenen oder antirassistische Aktivistinnen und Aktivisten werden damit erschwert.

Durften die Bundesländer Abschiebungen bestimmter Gruppen von Ausländern bislang aus humanitären Gründen (beispielsweise während der Wintermonate) für sechs Monate aussetzen, wurde dieser Zeitraum im neuen Gesetz auf drei Monate verkürzt. Ende Oktober beschloss die Bundesregierung dann, dass die Bundesländer erst einmal überhaupt keinen Winterabschiebestopp mehr erlassen sollen. Nachdem bereits Serbien, Bosnien und die ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien den Status der sicheren Herkunftsstaaten erhalten hatten, in die einfacher und schneller abgeschoben werden kann, gilt das nun auch für Albanien, das Kosovo und Montenegro.

Zudem sollen abgelehnte Asylbewerber auch mit Transall-Maschinen und Piloten der Bundeswehr abgeschoben werden. Piloten von Linienmaschinen können sich weigern, die Maschine zu starten, wenn sie der Meinung sind, dass die Sicherheit der Passagiere nicht gewährleistet ist. Wenn Menschen sich gegen ihre Abschiebung wehren und Bundespolizisten sie mit Gewalt in den Flieger bringen, kommt es immer wieder vor, dass Piloten den Abflug verweigern und die Abschiebung abgebrochen werden muss. Wenn nun auf Bundeswehrflugzeuge ausgewichen wird, sollen offenbar mehr Abschiebungen mit Gewalt durchgesetzt werden, ohne dass die Öffentlichkeit davon Notiz nimmt.

Die Abschiebemaschinerie wird geschmiert. Die Behörden werden in Zukunft versuchen, mehr Menschen aus Deutschland weg-

zuschicken. Und das in einer Zeit, in der Rassisten wieder ähnlich häufig Flüchtlingsunterkünfte angreifen wie vor zwanzig Jahren. Aber auch in einer Zeit – und das ist ein großer Unterschied zu damals –, in der viele Bürgerinnen und Bürger den Neuankömmlingen mit offenen Armen begegnen und sich zum Beispiel spontan in der Flüchtlingshilfe engagieren.

Diese öffentliche »Willkommenskultur« ist ein Zeichen dafür, dass sich die gesellschaftliche Grundstimmung verschoben hat – trotz des erstarkenden Rechtspopulismus rund um Gruppen wie Pegida & Co. Letztere fordern lautstark und hetzerisch mehr Abschiebungen. Sie können aber weder die Uhr zurückdrehen, um die von ihnen gewünschte ethnische Homogenität in Deutschland wiederherzustellen, noch können sie verhindern, dass sich heute weite Teile der Gesellschaft zur Einwanderungsrealität bekennen. Diese Verschiebung zwingt die Politiker, einen Abschiebediskurs zu führen, der aufgeklärter klingt als in der Vergangenheit. »Wir können uns nicht abschotten«, geben Innenminister de Maizière und Bundeskanzlerin Angela Merkel unisono zu, um zugleich einzuschränken: »Wir können aber auch nicht jeden aufnehmen.« Sie äußern offen Verständnis für den Migrationswillen vieler Menschen, die hier nicht als Flüchtlinge anerkannt werden. Gleichzeitig arbeiten sie an einer effektiveren Abschiebepolitik. Willkommen sind nur jene, die »wirklich verfolgt« werden, die »Wirtschaftsflüchtlinge« nicht.

Indem sie bestimmte Staaten auf dem Balkan als »sichere Herkunftsländer« einstufen, schaffen die deutsche und andere Regierungen in der EU Europäer dritter Klasse. Die Roma, die bei Bildung, Gesundheit sowie auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt häufig diskriminiert werden, sowie die ethnischen Albaner, die seit Ende 2014 zu Zehntausenden das Kosovo verlassen haben, haben nicht nur in ihrer Heimat keinerlei Perspektive, ihnen wird zudem eine Möglichkeit verwehrt, die den Menschen in der Europäischen Union offensteht: Sie haben nicht die Chance, irgendwo anders auf dem Kontinent zu versuchen, für sich oder wenigstens für ihre Kinder ein besseres Leben aufzubauen. Dennoch agieren

sie de facto häufig so wie die anderen Europäer – und genau dafür werden sie von Europa bestraft. Wie man diesen Menschen legale und praktikable Migrationsmöglichkeiten jenseits des Asylrechts eröffnen könnte – dazu gibt es allenfalls nebulöse Ankündigungen.

Die Unterscheidung zwischen »guten« und »schlechten« Flüchtlingen trifft jedoch nicht nur Leute, die von außen kommen, sondern auch Menschen, die bereits hier leben und im Grunde genommen längst Deutsche sind. Man denke etwa an Jugendliche, die hier geboren, dann aber nie anerkannt wurden. Anita (15) zum Beispiel, die in Göttingen lebt und von ihren Mitschülern zur Klassensprecherin gewählt wurde. Anitas Eltern flohen vor siebzehn Jahren vor dem Krieg im Kosovo und werden in Deutschland bis heute lediglich geduldet. Derzeit ist die Roma-Familie akuter denn je von der Abschiebung bedroht. Während in ihrer Klasse syrische Mitschüler sitzen, die erst vor Kurzem angekommen sind und schon eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, soll Anitas Familie, die in Deutschland verwurzelt ist, weggeschickt werden.

Die Beschäftigung mit dem Thema Abschiebung ist deswegen so aufschlussreich, weil hier wie unter einem Brennglas die zentralen Konfliktlinien der Migrationspolitik sichtbar werden. Abschiebepolitik ist das Feld, auf dem das Tauziehen zwischen dem Kontrollanspruch des Staates und dem Freiheitswillen der irregulären Migrantinnen und Migranten kulminiert. Gerungen wird um die Rechte (auf Flucht, auf Einwanderung, auf Bewegungsfreiheit usw.), die sich Menschen, die nicht zu den Privilegierten gehören, sondern zu den Unerwünschten, genommen haben und die ihnen durch die Abschiebung wieder abgesprochen werden sollen. Und das obwohl beide Seiten wissen, dass der Staat nie alle Leute wird abschieben können, die er gerne abschieben würde.

Dieses Buch tritt deshalb mit dem Appell an, dass wir nicht bei der Betroffenheit über das Leid, das die Abschiebepolitik verursacht, stehen bleiben dürfen. Es gilt vielmehr, die Logik des humanitären Diskurses selbst zu hinterfragen und seine Grenzen zu überwin-

den. Das Leid, das Abschiebepolitik verursacht, wird letzten Endes nicht dadurch verhindert, dass wir besonders vehement auf dieses Leid hinweisen. Die These lautet, dass die Bewegung der Menschen, die sich über Grenzen hinwegsetzen, selbst jene politischen Entwicklungen in Gang bringt, die zu neuen Rechten führen können. Rechte, die Menschen Formen der Freizügigkeit erlauben und sie damit effektiv vor dem Leid der Abschiebungen schützen. Dass wir nicht nur um Humanität ringen, sondern eine neue, selbstbewusste Haltung einnehmen sollten, die von dieser Macht zur Veränderung ausgeht. Bei den zahlreichen Lesungen, auf denen ich über die »Blackbox Abschiebung« sprach, habe ich immer wieder die Erfahrung gemacht, dass dieser Ansatz für viele Menschen anregend ist, dass er aber häufig noch weit jenseits unseres Alltagshorizonts liegt. Gerade deshalb ist es so wichtig, einen solchen Perspektivenwechsel auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir leben in bewegten und bewegenden Zeiten. Die Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union zielt zwar weiterhin darauf ab, die unerlaubte Flucht und Einwanderung nach Europa und die Weiterwanderung innerhalb des Schengen-Raums zu unterbinden. Diese Politik ist jedoch in den vergangenen Monaten endgültig an ihre Grenzen gestoßen. Die Flüchtlingsströme, die wir schon seit Jahren beobachten, haben in den vergangenen Monaten eine ungeahnte Größenordnung und damit eine neue politische Qualität erreicht. Da sind zum einen jene Menschen, die in Italien als Bootsflüchtlinge ankommen, von der italienischen Polizei nicht konsequent registriert werden und dann weiter gen Norden fahren. Und zum anderen sind da natürlich all die Menschen, die auf den griechischen Inseln stranden und in großen Gruppen über den Balkan und Ungarn nach Österreich, Deutschland und dann teilweise weiter bis in die Niederlande, nach Dänemark und Schweden ziehen. Sie alle haben die europäische Asyl- und Migrationspolitik unterlaufen und damit in Bewegung gebracht. Eigentlich wäre spätestens jetzt der Moment für einen radikalen Neuanfang gekommen.

Der »Marsch der Hoffnung«, den wir im Spätsommer und Herbst

2015 erlebt haben, hat uns vor Augen geführt, dass Menschen sich Rechte de facto erkämpfen können, die ihnen von Rechts wegen verweigert werden. Nachdem sie die lebensgefährliche Überfahrt hinter sich gebracht hatten, haben die Geflüchteten aus Syrien, aus dem Irak, aus Afghanistan und vielen anderen Ländern in Griechenland eben nicht ihre Fingerabdrücke abgegeben. Sie blieben nicht im sogenannten »Erstaufnahmeland«, sondern weigerten sich, die Perspektivlosigkeit, die ihnen die europäische Asylpolitik aufnötigt, zu akzeptieren. Sie marschierten zu Fuß, fuhren mit dem Zug oder mit Sammeltaxis gen Norden. Sie trotzten ihrer Erschöpfung, ließen sich weder von Grenzzäunen noch von Polizeiknüppeln aufhalten, zogen weiter nach Ungarn, wo sie am Budapester Keleti-Bahnhof für ihr Recht demonstrierten, selbst zu entscheiden, wohin sie fliehen wollen. So erkämpften sie sich schließlich die Möglichkeit, nach Österreich und Deutschland weiterzureisen. Das ist das Entscheidende.

Wären nicht so viele Menschen auf eigene Faust weitergezogen, hätten sich die EU-Innenminister wohl nie auf die Aufnahme und Verteilung von 160.000 syrischen, eritreischen und irakischen Flüchtlingen geeinigt, um Griechenland, Italien und Ungarn zu entlasten. Damit wurde trotz der Gegenstimmen aus Tschechien, der Slowakei, Rumänien und Ungarn am 22. September 2015 erstmals auch ein Verfahren zur Verteilung von in die EU geflüchteten Menschen nach Quoten auf alle Mitgliedsländer beschlossen. Dieser Umsiedlungsmechanismus soll darüber hinaus als dauerhaftes Instrument in Notlagen zur Anwendung kommen.

Angesichts der dramatischen Entwicklungen im Sommer 2015 besteht die Gefahr, dass wir vergessen, dass es schon früher ähnlich dramatische Ereignisse gab. So stürmten afrikanische Migranten Anfang des Jahres zum wiederholten Mal den Grenzzaun in der spanischen Exklave Ceuta. Sie nahmen in Kauf, sich am Stacheldraht zu verletzen, um auf die andere Seite zu gelangen. Sie jubelten, als sie es geschafft hatten. In einer bestimmten Hinsicht stellen die Ereignisse in Ungarn jedoch einen historischen Einschnitt dar: Die Geflüchteten werden auf eine ganz neue Weise

sichtbar. Früher waren es in erster Linie linke, antirassistische Aktivistinnen aus Europa, die an den EU-Außengrenzen demonstrierten und die europäische Asylpolitik skandalisierten. Die Geflüchteten selbst versuchten hingegen, diese Grenzen möglichst geräuschlos und unauffällig zu umgehen oder zu unterlaufen. Nun erheben die Migrantinnen und Migranten selbst ihre Stimmen: Im ungarischen Röszke kam es zu einer Straßenschlacht mit der Polizei, die Menschen skandierten Forderungen wie »Öffnet die Grenze!«, »Lasst uns rein!«. Historische Momente, Fotos und Filmaufnahmen gingen um die Welt. Und die Geflüchteten nahmen erstmals selbst Einfluss auf die Diskussionen in der europäischen Öffentlichkeit.

In diesem Kontext muss man auch den Kurswechsel Angela Merkels sehen, die am 6. September 2015 entschied, die deutsche Grenze zu öffnen und den Flüchtlingen aus Ungarn die Einreise zu erlauben. Die Migranten hatten eine neue Realität geschaffen, der sich die Politik beugen musste. Sie waren bereits auf dem Weg nach Deutschland und hätten sich ohnehin nicht aufhalten lassen. Diese neue Haltung hat auch Auswirkungen auf den Bereich der Abschiebung. Bereits am 25. August hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) getwittert: »#Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt.« Im Klartext bedeutete das, dass das BAMF aufgehört hatte, Syrerinnen und Syrer gemäß der Dublin-III-Verordnung in das Land zurückzuschicken, in dem sie erstmals den Boden der EU betreten hatten. Gerade solche Zurückschiebungen machen normalerweise einen beträchtlichen Teil der Abschiebepaxis aus. Angela Merkel (mit ihrer Botschaft »Wir schaffen das!«) und das BAMF handelten sich, insbesondere aus den Reihen der CSU, den Vorwurf ein, »falsche Anreize« gesetzt und die Masse der Geflüchteten überhaupt erst dazu motiviert zu haben, nach Deutschland zu kommen (seitens der Flüchtlinge wurde die Kanzlerin dafür als »Mama Merkel« gefeiert, häufig waren Sätze wie »Thank you, Germany« zu hören). In Wirklichkeit beugten sich sowohl die Kanzlerin als auch das



Bundesamt lediglich der Realität, die die Menschen durch ihre Grenzüberschreitungen geschaffen hatten – eine Realität, die in den Randstaaten der EU längst Alltag war und die nun auch Deutschland erreicht. Und wir konnten live dabei zusehen, wie das EU-Grenzregime und das Dublin-System in sich zusammenbrachen. Ob es dem europäischen Establishment gelingen wird, sie wiederherzustellen, ist derzeit nicht abzusehen. Die chaotische Situation in Kroatien, Serbien, Ungarn, Slowenien und Österreich – Grenze auf, Grenze zu – sowie der mehr oder weniger symbolische Akt der Einführung von Grenzkontrollen durch die Bundespolizei, die weder die Einreisen verhindern noch alle Flüchtlinge registrieren kann, dokumentieren, wie schwierig es geworden ist, den Geflüchteten die Reise nach und die Freizügigkeit in Europa zu verweigern.

In den ersten neun Monaten des Jahres 2015 wurden in Deutschland 577.307 Asylsuchende registriert, allein im September waren es 163.772. Selbst das BAMF geht jedoch davon aus, dass die tatsächliche Zahl der Einreisen deutlich höher liegt, inoffizielle Schätzungen rechnen für 2015 mit über einer Million Flüchtlinge. Ungeachtet der vermeintlichen »Willkommenskultur« reagierte die Bundesregierung mit der oben angesprochenen massiven Verschärfung des Asylrechts. Wenn jetzt noch Menschen kommen, die keine Aussicht auf Asyl haben, sollen sie so schnell wie möglich zurückgeschickt werden. Die Anordnung, dass die Geflüchteten nach einer Ablehnung ihres Asylantrags die Erstaufnahmeeinrichtungen nicht verlassen dürfen, soll die Durchführbarkeit von Abschiebungen gewährleisten. Zusätzlich sind sogenannte »Transitzonen« in der Diskussion. Nach dem Willen von Unionspolitikern sollen Flüchtende in Unterkünften an der Grenze festgehalten werden, um ihren Asylanspruch im Schnellverfahren zu prüfen und bei einer Ablehnung die Einreise in die Bundesrepublik zu verhindern.

Auf europäischer Ebene gibt es zum wiederholten Mal Verhandlungen mit der Türkei, um sie effektiver in das europäische Grenzregime einzubinden: Die türkische Polizei soll verhindern, dass

Menschen von dort auf die griechischen Inseln gelangen; und sie soll Geflüchtete, die über die Türkei in die EU gekommen sind und abgeschoben werden, wieder zurücknehmen. Etwas, was schon im Dezember 2013 vereinbart, aber nicht umgesetzt wurde.

Die EU-Kommission hat zuletzt sogar die Einstufung der Türkei als »sicheren Herkunftsstaat« vorgeschlagen, um Menschen einfacher dorthin abschieben zu können. Ungeachtet der Tatsache, dass der Konflikt um Kurdistan so blutig ausgefochten wird wie lange nicht mehr und der türkische Präsident Tayyip Erdoğan dieses Klima weiter anheizt. Auf der anderen Seite verpflichtet sich die Türkei, die Aufnahmebedingungen der Flüchtlinge zu verbessern, etwa durch soziale Leistungen im Gesundheitsbereich. Im Gegenzug will wiederum die EU der Türkei 500.000 von 2,5 Millionen Flüchtlingen im Land abnehmen, die nach einem bestimmten Schlüssel auf die Mitgliedsstaaten verteilt werden sollen. Brüssel unterstützt auch die Errichtung neuer Flüchtlingslager in der Türkei mit mehreren Milliarden Euro. Türkischen Staatsbürgern verspricht sie, dass sie in Zukunft leichter ein EU-Visum erhalten werden.

Nach einer ähnlichen Logik sollen auch die »Hotspots« in Griechenland und Italien funktionieren. In ersten Auffanglagern auf Lampedusa und Lesbos sollen Asylgesuche geprüft und Abschiebungen durchgeführt werden. Vor allem geht es darum, die Registrierung mit Fingerabdrücken (wieder) sicherzustellen. Zusätzliches EU-Personal soll die italienischen und griechischen Behörden dabei unterstützen. Migranten, denen Schutz gewährt wird, könnten dann in andere EU-Staaten umgesiedelt werden. Wer abgelehnt wird, soll abgeschoben werden, bevor er irregulär weiterreisen kann. Das alles geht einher mit einem Ausbau der Infrastruktur an den Außengrenzen.

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll nicht nur die entsprechenden Staaten bei Abschiebungen unterstützen, sondern auch auf eigene Initiative »Rückführungsaktionen« organisieren. Vor allem hat sich der Europäische Rat auf seiner Tagung am 15. Oktober 2015 darauf verständigt, eine Strategie stärker zu bekämp-

fen, mit der sich die Geflüchteten – wenn auch unter prekären Bedingungen – bisher vor Abschiebungen schützen konnten. Für den Fall, dass sie keinen Pass mehr besitzen, erhalten sie einen europäischen »Rückführungspassierschein«. Auf ihre Heimatländer wird Druck ausgeübt, damit sie dieses Papier statt eines regulären Passes akzeptieren und Abgeschobene aufnehmen.

Die sogenannte »Rückübernahme« genießt in der europäischen Migrationsagenda ausdrückliche Priorität – zum Beispiel in Bezug auf Flüchtlinge aus Afghanistan, aber auch in Bezug auf die Verhandlungen mit afrikanischen Staaten. In Zukunft sollen in den dortigen Herkunfts- und Transitstaaten noch mehr EU-Beamte dafür sorgen, dass illegale Einreisen in die EU verhindert und Abgeschobene wieder zurückgenommen werden. Im Gegenzug verspricht die EU-Kommission den Ländern in West-, Nord- und Ostafrika 1,8 Milliarden Euro zur Bekämpfung lokaler Krisen, damit die Menschen gar nicht erst fliehen, sondern dortbleiben. Parallel dazu ist im Mittelmeer – unter Beteiligung der Bundeswehr – die militärische Jagd auf die als »Schleuser« dämonisierten kommerziellen Fluchthelfer eröffnet worden.

Betrachtet man den gigantischen Aufwand, der hier betrieben wird, wird man den Eindruck nicht los, dass der Staat sich verzweifelt gegen die eigene Ohnmacht aufbäumt: Er muss immer mehr Mittel aufbieten, um den endgültigen Kontrollverlust zu verhindern. Dabei sollten uns die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit doch eigentlich gelehrt haben, dass man nie wissen kann, an welcher Stelle des Grenzregimes das nächste Loch aufreißen wird. Mit der organisierten Flucht der Kosovaren im Winter 2014/15, spätestens jedoch mit dem Marsch der Flüchtlinge im Spätsommer hat die Formel von der »Migration als soziale Bewegung« eine neue, buchstäbliche Bedeutung gewonnen, die vor Kurzem noch kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Diese Bewegung hat längst auch die Menschen diesseits der Grenze erfasst. Sie findet ihren Ausdruck, wenn Leute in Dortmund, Düsseldorf, in München und vielen anderen deutschen Städten unter dem Motto »Refugees Welcome« ankommende Sonderzüge

mit Applaus und Spenden empfangen, wenn sie als Freiwillige in Notunterkünften Betten aufstellen oder sich bei der Betreuung und Begleitung der Neuankömmlinge engagieren. Beide Seiten nehmen eine kosmopolitische Haltung ein, die die Logik des Nationalismus infrage stellt. Sie tun damit etwas Hochpolitisches: Sie relativieren das Recht und die Macht des Nationalstaates, Grenzen festzulegen und gegen den Willen der Betroffenen durchzusetzen. Denn viele der Menschen, die hier »willkommen« geheißen werden, dürften von Rechts wegen ja gar nicht hier sein. Gemeinsam handeln die Geflüchteten und ihre Unterstützer auf eine Weise, die der US-amerikanische Politikwissenschaftler Luis Cabrera bereits vor einigen Jahren im Hinblick auf illegalisierte Einwanderer aus Lateinamerika folgendermaßen beschrieben hat: Sie praktizieren eine globale Staatsbürgerschaft, eine »global citizenship«. Sie tun so, als ob es heute schon möglich wäre, im wörtlichen Sinne Bürger dieser Welt zu sein. Eine der entscheidenden Fragen unserer Zeit lautet, wie diese Praxis auch politisch artikuliert werden kann.

Dieses Buch betrachtet Abschiebung nicht ausschließlich aus einer humanitären Perspektive – und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sich die offizielle Abschiebepolitik den Begriff der Menschlichkeit längst selbst auf die Fahnen geschrieben hat. Im Bundestag erklärt etwa der CDU-Politiker Thomas Strobl, dass die verschärfte Abschiebepolitik zum Wohl der betroffenen Menschen durchgesetzt werden müsse, und zwar um eine Botschaft zu senden: »Verkauft nicht euer Haus und euer Auto, um Schlepper und den Schleuser bezahlen zu können. Wir werden euch schnell wieder zurückschicken, und ihr werdet schnell wieder da sein, wo ihr hergekommen seid, nur ihr werdet noch ärmer sein.« Dabei ist es der deutsche Staat selbst, der den Abgeschobenen in ihrer Not finanzielle Schäden zufügt. Von den Betroffenen wird nämlich verlangt, dass sie die Kosten ihrer Abschiebung selbst bezahlen. Österreich zum Beispiel tut das nicht.

Wie die Indienstnahme einer humanen Rhetorik in der konkreten Abschiebepaxis aussieht, illustriert der niederländische Kurzfilm